Protokollauszug vom 18. Januar 2010

GGR-Nr. 2007-115
Volksinitiative "Mehr Kinderbetreuungsplätze für Winterthur": Umsetzungsvorlage und Gegenvorschlag (je umfassend IV. Nachtrag zur Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 27.4.1998 und Vorentscheid für den nächstmöglichen Voranschlag)

Der Grosse Gemeinderat hat an seiner Sitzung
vom 18. Januar 2010 beschlossen:

1. Die Volksinitiative "Mehr Kinderbetreuungsplätze für Winterthur" wird mit den folgenden Massnahmen umgesetzt:

   a) Die Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur vom 27. April 1998 wird durch einen IV. Nachtrag wie folgt geändert:

      Art. 3 Aufgaben der Stadt

      Abs. 1 unverändert

      Abs. 2: Satz 1 unverändert; Satz 2 neu:
      Sie gewährleistet in Zusammenarbeit mit privaten Trägerschaften ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breit gefächertes Angebot an familienergänzender Betreuung für alle Altersstufen bis Ende Schulpflicht.

      Abs. 3:

      Die Stadt Winterthur unterstützt die von ihr anerkannten Einrichtungen mit leistungsorientierten Subventionen gemäss Art. 10 ff. dieser Verordnung.

      Abs. 4: Es besteht kein Rechtsanspruch auf die familienergänzende Kinderbetreuung.

      Abs. 5:

      Der massgebliche Bedarf an Betreuungsplätzen wird vom Grossen Gemeinderat jährlich mit dem Voranschlag verbindlich festgelegt.

      Art. 10 Abs. 3:

      wird ersatzlos aufgehoben.

   b) Spätestens mit dem Voranschlag 2012 wird der Bedarf an subventionierten Plätzen und an subventionierten Betreuungsstunden für Kinder in Tagesfamilien gedeckt.

2. Dieser Umsetzungsbeschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Für den Grossen Gemeinderat
Der Ratssekretär:

M. Bernhard

Mitteilung an:
- Dept. Schule und Sport, Dept. Finanzen, Finanzamt, Stadtbuchhaltung, Finanzkontrolle, Stadtkanzlei.